Im Fokus IIII FOKUS

SPD-Linke: Politik und Strategie

Einleitung zum Schwerpunkt

von Björn Böhning, Kai Burmeister und Stefan Stache



oto: © GaToR-GFX - Fotolia.com

Was ist bloß los in der SPD-Linken? Die mediale Berichterstattung über die SPD-Linke war zuletzt geprägt von internen Konflikten, Richtungsstreitigkeiten, Meldungen über Befindlichkeiten und dem Versuch der organisatorischen Neuaufstellung (Magdeburger Plattform).

In den Zeitungen ist der Eindruck entstanden, es streiten alte und neue SPD-Linke vor allem über sich selbst. Doch worin liegt eigentlich der Kern der Kontroverse? Stehen auf der einen Seite die, die gestalten und auf der anderen Seite die, denen papierne Beschlüsse genug sind? Wie groß (oder klein) und wie stark (oder schwach) ist die Linke in der SPD in diesen Zeiten? Was ist die Funktion von Parteiflügeln im Allgemeinen und der SPD-Linken im Besonderen?

Wir möchten der öffentlich aufgeflammten Diskussion mit all ihren Aufgeregtheiten einen Raum geben. Wir wollen Orientierungspunkte für eine solidarische und produktive Diskussionen der SPD-Linken aufzeigen. Dem Schwerpunkttitel haben wir die Begriffe "Politik und Strategie" hinzugefügt. Es ist eine politische Binse, aber wir sind der grundsätzlichen Überzeugung, dass die SPD-Linke politischen Inhalt und deren Durchsetzung produktiv miteinander verbinden muss.

Der Schwerpunkt der spw soll nicht der reinen Selbstbeschäftigung dienen, auch wenn diese Gefahr natürlich besteht. Vielmehr wollen wir mit den Beiträgen die Chance nutzen, um über die Rolle der SPD-Linken in Zeiten der großen Koalition und ihre gesellschaftspolitische Reformstrategie zu diskutieren. Dabei wollen wir nicht in das Wünschbare flüchten, sondern Veränderungen von sozialen Strukturen, die ökonomische Entwicklung sowie die veränderte Parteienlandschaft in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Zur heutigen Lage: Es kann nicht überraschen, dass es nach den programmatischen Erfolgen heute zu Auseinandersetzungen über die weitere Strategie in Zeiten der großen Koalition und darüber hinaus kommt.

Nach wie vor hat die SPD und damit auch deren linker Parteiflügel mit der Last umzugehen, dass verloren gegangenes Vertrauen in vielen Milieus nicht kurzfristig wiederhergestellt werden kann. Die SPD-Linke hat eine zentrale Verantwortung für den Wiederaufbau von Vertrauen für die SPD als Ganzes.

Dieses neu zu erlangende Vertrauen ist gleichzeitig die zentrale Voraussetzung, um Mehrheiten für eine sozial-ökologische Reformpolitik zu gewinnen und wirkungsmächtig zu werden. Richtungsweisend wird dabei beispielsweise sein, ob der gesetzliche Mindestlohn und die teilweise Abkehr von der Erhöhung des Rentenzugangsalters Eintagsfliegen oder aber der Beginn einer neuen politischen Richtung im Sinne einer linken Mehrheit sein werden. Diese Auseinandersetzung könnte sich beispielsweise daran entscheiden, ob die Re-Regulierung von Leiharbeit im nächsten Jahr gelingt bzw. inwieweit die Auseinandersetzung mit dem Koalitionspartner gesucht und auf gesellschaftliche Resonanz stoßen wird.

Dies wäre eine Alternative zu der teilweise in der Partei zu vernehmenden Debatte, wonach "soziale Wohltaten" keine Wahlerfolgebringen, weshalb jetzt die SPD einen diffusen "wirtschaftsfreundlichen Kurs" einschlagen solle. Die Parteilinke steht in der großen Koalition zweifellos in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen der Formulierung weitgehender Perspektiven und der Unterstützung des sozialdemokratischen Regierungshandelns. Da die Akteure der SPD-Linken verschiedene Stellungen und Funktionen bekleiden, sind unterschiedliche Sichtweisen Ausdruck von Normalität und nicht ein Problem.

Die Geschichte zeigt, dass die Rolle der Parteilinken sich nicht in der Loyalität zur Regierung erschöpfen kann. Die Geschichte und Geschichtchen über den Frankfurter Kreis und den Leverkusener Kreis – dem Vorläufer der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagfraktion – speisen sich genau aus diesem Spannungsverhältnis: die SPD-Linke kann, neben der kritischen Unterstützung der Regierungsarbeit, Positionen besetzen, die aus einem Regierungsamt heraus schwer eingenommen werden können und so das Diskursfeld auch für die Regierung nach links öffnen.

spw hat in den letzten Jahrzehnten dabei immer eine spezifische Stellung eingenommen und versucht dies als Teil der Linken in der SPD auch heute. spw analysiert die Veränderungen im modernen Kapitalismus und zieht daraus Konsequenzen für die reformpolitische Praxis. spw ist auf der Suche nach modernen Formen sozialistischer Politiken und sozialistischen Wirtschaftens, versucht dabei Korridore für mittelfristige Reformpolitik auszuleuchten und die Vernetzung im linken Lager zu befördern. Diese Aufgabe ist wichtig, ist aber eben nur ein Teil der SPD-Linken.

Die SPD-Linke hat in ihrer Gesamtheit sich nie nur als verantwortungs- oder gesinnungsethisch oder nur als normativ oder materialistisch verstanden. Die SPD-Linke wollte nie Regieren um des Regierens willens, sondern wollte in Wort und Tat gesellschaftsverändernd wirken, um mehr Gleichheit und Solidarität in Freiheit zu erkämpfen. Die SPD-Linke hat in ihrer gesamten Geschichte die Widersprüche als gesellschaftliche Komplexität verstanden, die nicht einfach aufgelöst werden kann, sondern der immer mit einer kapitalismuskritischen und gesellschaftsverändernden Grundüberzeugung begegnet werden muss: in der Regel mit der Vorstellung, dass nur mit und nicht gegen die SPD radikalreformerische Politik durchsetzbar ist. Dies war im Übrigen auch zu den Zeiten von Paul Levi nicht anders, wie der Schwerpunkt 1/2013, Brüche und Kontinuitäten – 150 Jahre Diskursgeschichte der SPD-Linken" eindrucksvoll bestätigen konnte.

In der jüngeren Vergangenheit hat die SPD-Linke zwei entscheidende, fundamentale Häutungen erlebt. Zu Zeiten der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Bundeskanzler Schröder erlebte sie eine lange Zeit der innerparteilichen Diaspora- sowohl machtstrategisch, als auch inhaltlich. Nicht von ungefähr fielen in diese Zeit der Verlust zehntausender Mitglieder, das Ende der privilegierten Partnerschaft zwischen SPD und Gewerkschaften und das Erstarken einer linken Parteiformation jenseits der SPD. Nach dem Machtverlust 2005 und noch verstärkt ab 2009 wurde die SPD-Linke plötzlich zu einem inhaltlich-strategischen Kern der Sozialdemokratie, auf deren Ideen und Wertevorstellungen sich nicht nur das Hamburger Programm positiv bezog, sondern auch Wahl- und Regierungsprogramme in Bund und Ländern. Diese zweite jüngere Häutung der SPD-Linken führte zu einem Spagat zwischen innerparteilicher Opposition und dem Anspruch auf Führung.

Heute – erneut unter veränderten innerparteilichen, aber auch gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen steht die SPD-Linke damit vor einem Wandel. Muss sich, wer führen will, auch anpassen? Wo bleibt aber dann die Kritikfähigkeit? Will, wer grundsätzlich überlegt, nur opponieren oder entsteht nicht erst aus der Kritik das Potential zu Veränderung? Nicht zuletzt mit dem Austritt vieler Genossinnen und Genossen aus dem Forum DL 21 und der Gründung der neuen Magdeburger Plattform ist die Strategiedebatte innerhalb der SPD-Linken in vollem Gange.

Bei aller Offenheit in der Debatte muss die Aufgabe der Zusammenführung geleistet werden. Mit dem vorgelegten Heftschwerpunkt will spw aus unterschiedlichen Blickwinkeln heraus die Debatte begleiten und wo möglich befruchten, immer aber auch rationalisieren.

Unser Magazin wirbt mit dem Slogan "...wissen, was die SPD-Linke diskutiert". Wir sind der Meinung, obwohl wir uns auf dem Weg befinden und nicht angekommen sind, sowohl ein realistisches Bild der SPD-Linken zu zeichnen, als auch eine gute Werbung für die SPD-Linke abzugeben.

Die Stärke der SPD-Linken ist und bleibt ihre programmliche Ausrichtung und ihr gesamtgesellschaftlich-reformerischer Ansatz. Dieser hat sich stets abgehoben von rein instrumenteller Forderungsapologetik oder sozialdemokratischem Attentismus oder schlimmer Opportunismus. Die SPD-Linke der Zukunft muss weiterhin gesellschaftliche Alternativen aufzeigen, ohne bei einzelnen plakativen Forderungen stehen zu bleiben – oder gar die Frage nach der Zugehörigkeit zur Linken an einzelnen Instrumenten abzuleiten. In Zeiten, wo sich in Wissenschaft. Wirtschaft und auch Gesellschaft die Erkenntnis durchsetzt, dass gesellschaftliche Ungleichheiten ökonomische Krisen auslösen – die wiederum Armut und Ausgrenzung befördern – muss auch die SPD-Linke mithelfen, eine andere Logik von Wirtschaften und Arbeiten durchzusetzen.

Zu den Beiträgen im Heft:

Gerd Mielke rückt die Enttäuschung der ehemaligen SPD-Wähler in den Mittelpunkt. Die Agenda 2010 habe den bisher bekannten wohlfahrtsstaatlichen Deutungsrahmen der Sozialdemokratie verlassen. Dieser Bruch wirke in den Wahrnehmungen linker Wähler bis heute nach. Aktuelle Erfolge der SPD in der großen Koalition würden vor diesem Hintergrund des neoliberalen Deutungsrahmens der 2000er Jahre interpretiert. Dadurch bleibe die höhere Zustimmung zur SPD im Bund aus.

Max Reinhardt analysiert historisch und parteiensoziologisch, wie es gelang, eine SPD-Linke im Frankfurter Kreis, im Leverkusener Kreis und im SPD-Bezirk Hannover zu koordinieren und mit innerparteilichen und zivilge-

spw 6 | 2014

sellschaftlichen Bündnispartnern Mehrheiten in der SPD und mit der SPD zu gewinnen. Die Beispiele zeigen auch, dass es die sich von ihrer Partei emanzipierenden Jungsozialisten – viele waren moderne emanzipierte ArbeitnehmerInnen – waren, die sich in der SPD-Linken engagierten und ihre demokratischen und sozialen Teilhabeansprüche erkämpften. Sowohl die SPD-Linke als auch die SPD waren immer dann erfolgreich, wenn die Modernisierung von Einstellungen mit der Modernisierung von Teilhabemöglichkeiten in der Partei synchron verlief.

Matthias Micus und Clemens Wirries skizzieren in ihrem Debattenbeitrag beispielhaft die Strukturen und Entwicklungslinien einiger linkssozialdemokratischer Strömungen in Europa. Darüber hinaus stellen sie einige (progressive) Think Tanks vor und analysieren deren unterschiedlichen Einfluss auf die Politik sozialdemokratischer Parteien in Europa. Parteien, die den Anspruch verfolgten, Bewegung zu sein, bräuchten Parteiflügel, die an der Basis der Gesellschaft verankert seien und auch zeitaufwendige Diskussionen führten.

Tom Strohschneider stellt die Flügellandschaft bei den Grünen und der Linkspartei dar und sieht die Rolle von Strömungen nicht in der Funktion der Ämterverteilung als vielmehr als Anschlussstellen in die Gesellschaft. Er schreibt Strömungsorganisationen eine Zukunft "als Mischung aus debattenfrohem Think Tank und bewegungsähnlichen Basisnetzwerk" zu.

Katrin Budde hebt aus Sicht der SPD Sachsen-Anhalt die strategische Bedeutung einer sozialdemokratischen Politik des sozialen Aufstiegs hervor.

Regionale Beispiele für eine engagierte und glaubwürdige SPD-Linke zeigen Michael Clivot für das Saarland und eine Autorengruppe (Andreas Bach, Marco Bülow, Lisa Nettlenbusch, Jens Peick) für Dortmund auf.

Charlotte Rosa Dick und Moritz Deutschmann stellen sich die Frage, wie in Zeiten der großen Koalition ein "linker Gesellschaftsentwurf" aussehen kann und was "gutes, linkes Leben" ist.

Oliver Kaczmarek stellt die Einrichtung eines starken linken Zentrums in den Mittelpunkt, das nicht nur einzelne Beschlüsse und Forderungen vertritt, sondern erkennbare Erfolge für die Wählerklientel erzielt.

Hilde Mattheis zeigt, dass die Rückgewinnung von politischem Vertrauen ein langfristiger Prozess ist und vor allem die SPD-Linke eine moderne solidarische Gesellschaft basisdemokratisch glaubwürdig vertreten kann.

Thilo Scholle verweist auf die Unzulänglichkeiten im politischen Gebrauch des Strategiebegriffs und fordert dessen Anschlussfähigkeit an die Alltagskulturen und den Alltagssachverstand der Menschen.

Carsten Sieling beschreibt eine "progressive Agenda" als "Politik gegen Ungleichheit" und sieht "die SPD als Partei des sozialen Aufstiegs", die Politik für eine "linke Mitte" mache.

Sascha Vogt betont die Notwendigkeit von an sozialdemokratischen Grundwerten orientierten Strategien zur Revitalisierung der politischen Beteiligung der "offenbar von der Demokratie derzeit in weiten Teilen entkoppelten Milieus".

Buchbesprechungen von *Thilo Scholle* (Michael Brie:Futuring) und *Ole Erdmann* (Benjamin Mikfeld/Denkwerk Demokratie: Sprache. Macht. Denken) runden den Schwerpunkt ab.

[➡] Björn Böhning (35) lebt in Berlin und ist dort Chef der Senatskanzlei. Er ist Mitglied der spw-Redaktion.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.